



Aktenzeichen: CDU

Datum: 17.09.2024

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

**Einsatz von Asylbewerbern nach §5 des AsylBLG  
hier: Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie die folgende Anfrage auf die Tagesordnung des nächsten Stadtrates am 2024-09-25 mit aufzunehmen.

**Hintergrund/Sachverhalt**

Die CDU-Fraktion Frankenthal hat in einer früheren Anfrage zur Anwendung des § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erfragt, inwiefern diese Regelung zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber genutzt wird.

Die Antwort der Stadtverwaltung zeigt, dass bisher auf Freiwilligkeit gesetzt wird, um den Verwaltungsaufwand gering zu halten.

Jedoch haben Beispiele aus anderen Städten gezeigt, dass eine verpflichtende Teilnahme an gemeinnützigen Arbeiten nicht nur die Integration von Asylbewerbern fördert, sondern auch die Akzeptanz in der Bevölkerung stärkt. Städte wie der Landkreis Greiz und der Landkreis Traunstein haben verpflichtende Arbeitsgelegenheiten erfolgreich umgesetzt.

Im Landkreis Greiz wurde 2024 ein Pilotprojekt gestartet, bei dem Asylbewerber unter anderem im Bereich der Grünflächenpflege und des Naturschutzes arbeiten. Bei Verweigerung droht eine Leistungskürzung. In Traunstein wird dieses Modell seit 2015 angewendet, und der Landkreis hat durch die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse den zusätzlichen Aufwand minimiert.

Links zum Sachstand:

[Internetseite des Landkreis Greiz - Beginn des Pilotprojektes in Greiz](#) und [Berichterstattung des BR.de](#)

Diese positiven Beispiele zeigen, dass auch in Frankenthal eine verbindlichere Regelung für Arbeitsgelegenheiten möglich ist, selbst wenn dies zu einem höheren Verwaltungsaufwand führen würde.

Wir streben an, dass Asylbewerber in Frankenthal ähnlich wie in Greiz und Traunstein durch verpflichtende Arbeitsgelegenheiten noch stärker in die Gemeinschaft eingebunden werden. Durch diese Maßnahmen können die Asylbewerber – wenn auch in einem eingeschränkten Umfang – eine sinnvolle und damit auch sinnstiftende Tätigkeit für sich finden. In Städten, in denen diese Arbeiten verpflichtender sind, hat sich gezeigt, dass die Teilhabe der Asylbewerber

**Beratungsergebnis:**

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:			Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>	

am Gemeinwohl das gegenseitige Verständnis stärkt und die Integration vorantreibt. Frankenthal sollte ebenfalls den Weg einer verbindlichen Regelung einschlagen, auch wenn dies mehr Verwaltungsaufwand bedeutet. Die Erfahrung aus Traunstein zeigt, dass durch eine Optimierung der Prozesse und eine verstärkte Digitalisierung der Aufwand reduziert werden kann.


### Anfrage

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die mündliche und schriftliche Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. **Welche Maßnahmen können ergriffen werden**, um Asylbewerbern eine stärkere Motivation zur Teilnahme an diesen Arbeitsgelegenheiten zu bieten, ohne dass dies als Zwang wahrgenommen wird?
2. **Welche Möglichkeiten gibt es**, um den Verwaltungsaufwand bei einer verbindlicheren Regelung für den Arbeitseinsatz von Asylbewerbern gering zu halten?
3. **Würden (im Gegenzug) durch den Einsatz der Asylbewerber Einsparpotenzial entstehen**, da städtische Mitarbeiter, andere Aufgaben übernehmen könnten?

Für Ihre Bemühungen vielen Dank im voraus  
und mit freundlichen Grüßen

Für die CDU-Fraktion



(Martin Schuff)